



IHK

Industrie- und
Handelskammer
St. Gallen
Appenzell

Referat IHK-GV, 21. Juni 2017

Dr. Kurt Weigelt, Direktor IHK St. Gallen-Appenzell

Liebe IHK-Mitglieder, geschätzte Gäste,
meine sehr verehrten Damen und Herren

Bekanntlich gibt es nicht viel Neues unter der Sonne. Dies gilt auch für politische Themen. Zu den Evergreens gehört die Frage nach der Käuflichkeit von Wahlen und Abstimmungen. „Gebt mir eine Million, und ich mache aus jedem Kartoffelsack einen Bundesrat.“ Dieser Satz wird Rudolf Farner zugeschrieben, dem Gründer der gleichnamigen PR-Agentur. Vor wenigen Jahren publizierte Oswald Sigg, der ehemalige Sprecher des Bundesrates und Vizekanzler der Eidgenossenschaft gemeinsam mit dem Journalisten Viktor Parma eine Streitschrift, in der sie vor der käuflichen Schweiz warnten. Und mit schöner Regelmässigkeit beklagen die Verlierer einer Volksabstimmung die masslosen Budgets der Sieger. Machen wir uns nichts vor: Auch in der Politik läuft ohne Geld nichts. Insbesondere bei einem sehr knappen Ausgang einer Volksabstimmung kann der Mitteleinsatz mitentscheidend für das Ergebnis sein. Allerdings ist dies nur ein Faktor unter vielen. Nicht weniger entscheidend sind die Qualität der Kampagne, die Glaubwürdigkeit und die persönliche Einsatzbereitschaft der Exponenten einer Vorlage, die Haltung der nationalen Medien und das aktuelle politische Umfeld. Bei Wahlen und Abstimmungen funktioniert der politische Wettbewerb. Ganz anders sieht es im vorparlamentarischen Verfahren aus, dem traditionellen Geschäftsfeld der Wirtschaftsverbände. Hier kann man in der Tat von einer käuflichen Schweiz sprechen. Als Käufer der öffentlichen Meinung treten jedoch nicht dunkle Gestalten im Umfeld neoliberaler Meinungsmacher und finsterner Verbandssekretariate auf. Vielmehr sind es die Verwaltung und die Regierungen, die über die wirklich grosse Einkaufsmacht verfügen.

Im Jahre 2016 investierte alleine der Bund 81,2 Millionen Franken in Pressearbeit, eigene Zeitschriften und Aufklärungskampagnen. Nicht weniger als 319 Vollzeit-Beamte erklärten Herr und Frau Schweizer wie die Welt funktioniert, was wir anders machen müssen und wie gute Menschen aussehen. Dies ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Die operativ vom Bundesamt für Energie geleitete Plattform EnergieSchweiz beispielsweise informiert, sensibilisiert, vernetzt und koordiniert mit einem Budget von sage und schreibe 50 Millionen Franken die verschiedenen Akteure im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Ergänzt wird diese als Sensibilisierungsarbeit getarnte Staatspropaganda durch einen Geldsegen zugunsten Dritter. So erhält beispielsweise der Fleischverband Proviande vom Bund jedes Jahr mehr als 6 Millionen Franken für Fleischwerbung. Suisse Eole, die Lobby der Windkraft, wurde seit 2001 mit mehr als sieben Millionen Franken für ihre Informationsarbeit bedient. Damit ist aber noch nicht genug. Ergänzt wird dies alles durch externe Beratungsunternehmen, die im Auftrage der öffentlichen Hand und mit dem Geld der Steuerzahler den Boden für künftige politische Weichenstellungen, das sogenannte Erwartungsmanagement, vorbereiten. Auch im Kanton St.Gallen. Noch vor den Diskussionen im Kantonsrat lancierte das Baudepartement die Spitalvorlage mit einer PR-Kampagne mit Ausgaben von 248'000 Franken.

Mit all diesen Budgets sind die Möglichkeiten von Regierung und Verwaltung noch längst nicht ausgeschöpft. Im Gegenteil. Weit wirkungsvoller und im Resultat tausendfach kostspieliger sind die Gesetzesmässigkeiten des politischen Wettbewerbs. Wahlen und Abstimmungen gewinnt man nicht mit einer unsicheren Wette auf die Zukunft, sondern mit der Bereitstellung staatlich finanzierter Güter zu Gunsten einzelner Anspruchsgruppen. Geradezu idealtypisch haben wir dies in den jahrelangen Auseinandersetzungen um die Energiewende erlebt. Der anfängliche Widerstand aus dem Umfeld der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft wurde mit immer wieder neuen Subventionsversprechen aus dem Wege geräumt. Milliardengeschenke zu Gunsten von Hausbesitzern, Landwirten und Energiekonzernen, die von den einzelnen Konsumenten und den kleineren und mittleren Unternehmen finanziert werden müssen. Ein Trauerspiel, das sich bei der

Rentenreform wiederholt. Die ominösen siebzig Franken für Neurentner wurden in einer Studie der Universität Zürich – ich zitiere – als «zustimmungssteigernd» bei SP-Wählern ausgewiesen. In diesem Zusammenhang sprach ein Kommentar zur Rentenreform im Tagesanzeiger vom «Preis der direkten Demokratie». Ich spreche von einer gelenkten Demokratie.

Überlagert werden diese Finanzströme durch die bereits in den siebziger Jahren von Max Horkheimer beschriebene Totalverwaltung der modernen Gesellschaft. Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor ist in den vergangenen 25 Jahren um 65 Prozent gestiegen; fünfmal stärker als die Gesamtbeschäftigung. Heute arbeiten in der Bundesverwaltung in Vollzeitstellen gerechnet 37'0000 Personen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft verfügt mit deutlich mehr als 600 Mitarbeitenden über das Zehnfache an personellen Ressourcen als *economiesuisse*. Und dies, obwohl *economiesuisse* nicht nur mit der Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, sondern auch mit Fragen der Finanz- und Steuerpolitik, der Infrastruktur, von Energie und Umwelt, der Bildung, der Raumpolitik und vielem mehr befasst ist. Der IHK St.Gallen-Appenzell stehen für die Bearbeitung der politisch relevanten Dossiers auf kantonaler und nationaler Ebene weniger als 200 Stellenprozent zur Verfügung. Noch vor dreissig Jahren erschien vielen politischen Beobachtern die Macht der Verbände als Bedrohung der demokratischen Willensbildung. Dies ist Vergangenheit. Im Vergleich zu den Ressourcen von Regierung und Verwaltung sind unsere Verbandssekretariate eine «quantité négligeable». Im 21. Jahrhunderts sind es nicht private Akteure, sondern staatliche Organe, die mit ihrer Dampfwalze die demokratische Willensbildung zu ersticken drohen.

Was bedeutet nun aber diese wenig optimistische Analyse für den statutarisch festgelegten Auftrag der IHK St.Gallen-Appenzell, sich gegenüber Staat und Öffentlichkeit für eine marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaft einzusetzen? Sollen wir wie das Kaninchen vor der Schlange in Angst erstarren? Oder halten wir es mit Romulus dem Grossen bei Dürrenmatt? Sollen wir uns auf einen Landsitz zurückziehen, Hühner züchten und Spargelwein trinken. Dies in der Überzeugung, dass sich das Unabänderliche nicht aufhalten lässt? Nein, sicher nicht. Als IHK St.Gallen-

Appenzell unterscheidet sich unsere Ausgangslage in keiner Art und Weise von den Herausforderungen unserer Mitgliedunternehmen, die im Wettbewerb zu mächtigen Konkurrenten bestehen müssen. Und nicht anders als viele unserer Betriebe haben wir auf dem Papier keine Chance, aber wir nutzen sie. Und dies in dreifacher Hinsicht:

Erstens: Mit unserer Haltung

Als branchenübergreifender Verband kämpfen wir nicht für Privilegien einzelner Betriebe oder Branchen, sondern für attraktive wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für alle privaten Unternehmen. Unverhandelbare Leitlinie ist dabei die formell durch die Statuten und ideell durch unsere Geschichte definierte Ausrichtung auf eine weltoffene, wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft. Wir vertrauen auf Werte und Überzeugungen.

Zweitens: Mit unserer Grundlagenarbeit

Am politischen Wettbewerb beteiligen wir uns mit eigenen Ideen und Erwartungen. Besondere Bedeutung kommt dabei Themen zu, die für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts wichtig sind, die jedoch mit Blick auf die politische Ökonomie kurzfristig keine Rendite versprechen. Dieser langfristigen Grundlagenarbeit ist unser neu gegründetes Kompetenzzentrum IHK-Research verpflichtet.

Drittens: Mit unserem unternehmerischen Handeln

Die von uns beanspruchte Unabhängigkeit setzt voraus, dass wir auch finanziell auf eigenen Beinen stehen. Wir denken und handeln wie ein Unternehmen, arbeiten effizient und effektiv. Der Ausbau unserer Angebote und unseres politischen Engagements in den vergangenen zehn Jahren wurde nicht über eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge oder eine Erhöhung der Legalisationsgebühren, sondern ausschliesslich über selbst erarbeitete Mittel finanziert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, inhaltlich interessiert uns die Zukunft. Digitalisierung und Globalisierung sehen wir nicht als Gefahr, sondern als Chance. Mit unseren Wertvorstellungen dagegen sind wir unseren Traditionen verpflichtet: Wir glauben an Freiheit und

Selbstverantwortung. Wir vertrauen in bester Schweizer Manier darauf, dass David gegen Goliath eine Chance hat. Auch in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung. Wir sind der Überzeugung, dass langfristig Inhalte wichtiger sind als jede Verpackung. Ehrlich währt am längsten. In diesem Sinne bleiben wir mit ungebrochener Lust am Ball und freuen uns auf jeden Steilpass, den sie uns als Mitglied der IHK St.Gallen zuspieren. Gemeinsam verändern wir möglicherweise nicht die Welt. Mit Ihrer Unterstützung aber bringen wir die Ostschweiz den entscheidenden Schritt nach vorne.